



Münchner Bündnis

Aktiv gegen Männergewalt

Rundbrief 4 / 2003

Das Münchner Bündnis „Aktiv gegen Männergewalt“

Das Münchner Bündnis schloß sich an die „Münchner Kampagne gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen/Jungen“ vom 1.10.97 bis 30.9.98 an und steht unter der Patenschaft von Oberbürgermeister Christian Ude und der Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert. Es vernetzt und unterstützt Einrichtungen, Gruppen und Personen, die an der Beendigung der Männergewalt arbeiten, und beobachtet den Fortgang der Auseinandersetzung mit Männergewalt in den Münchner Institutionen. Das Bündnis sammelt und vermittelt Informationen, Materialien, ReferentInnen zu diesem Themenkomplex und bietet Kooperationen für Veranstaltungen, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit.

Aktion gegen Männergewalt im Internet

„let's netz - wir kicken Männergewalt aus dem Internet“

Die Initiative, die von der Münchner Gleichstellungsstelle zusammen mit dem Verein Kompetenz für Frauen e.V. ins Leben gerufen wurde, wendet sich gegen Männergewalt im Internet. Wie zum Beispiel Websites, die mit sexualisierter Gewalt, Brutalität und Kriminalität gefüllt sind. Ihre Botschaften dringen ungehindert in den Alltag ein, verändern Sichtweisen und Denkstrukturen. Und sie setzen Gewalt frei: Einschränkungen, Beleidigungen, Demütigungen, Drohungen und psychische Gewalt, vor allem gegen Frauen und Kinder.

Für die Herstellung dieser Websites werden nicht virtuelle Konstrukte, sondern reale Frauen, Mädchen und Buben zu sexuellen Handlungen gezwungen, missbraucht, vergewaltigt und sogar ermordet.

Dabei handelt es sich ökonomisch nicht um Peanuts: die Darstellung und Darbietung sexualisierter Gewalt

an Frauen, an Mädchen, an Buben, Zwangsprostitution und Menschenhandel bringen einen Umsatz, der weltweit nur noch durch den Handel mit illegalen Drogen überboten wird. Solche kriminellen und profitablen Strukturen setzen wir nicht auf die Schnelle außer Kraft, aber www.fan2003.de wird darüber informieren, Machenschaften öffentlich machen, Einfluss zurückdrängen. Wir setzen dagegen: lets netz - die Aktion für ein frauen- und menschenfreundliches Internet, an Schulen und Arbeitsplätzen, zu Hause und im Alltag.

Die Initiatorinnen wandten sich zum internationalen Frauentag 2003 mit einer Internetaktion an die Öffentlichkeit. Die ersten Knoten des interaktiven FrauenAktionsNetzes www.fan2003.de wurden in München geknüpft: lets netz - wir kicken Männergewalt aus dem Internet! Das virtuelle Rambazamba

Inhalt dieses Rundbriefes:

Aktion gegen Männergewalt im Internet: „let's netz“
Entwicklungen in der BRD:

Jugendmedienschutz, Opferschutzgesetz, Internetberatung, Kürzung bei Frauenhäusern

Entwicklungen in Europa:

Daphne 2004-2008, White Ribbon Österreich, engl. Kampagne gegen Vergewaltigung, Wüstenvolk schafft Genitalverstümmelung ab

Literatur:

Sex Sells? – Mit mir nicht!, sexuelle Übergriffe unter Kindern, „Neue Männer“ und Gewalt, Frauenrechte und kulturelle Differenz

Termine 2004:

Ausstellung gegen sexuellen Mißbrauch: „Was sehen Sie, Frau Lot?“ in München!

Herausgeberin: Kofra e.V., Koordinationsstelle des „Münchner Bündnis Aktiv gegen Männergewalt, Baaderstr.30, 80469 München, Tel: 089-2010450, mail: kofra-muenchen@t-online.de

www.fan2003.de stand in diesem Jahr unter dem Motto: Lets netz - Wir kicken Männergewalt aus dem Internet!

Mit großem Zuspruch ist die Kampagne "lets netz - wir kicken Männergewalt aus dem Internet" mit ihrer ersten Aktion zum 8. März 2003 zu Ende gegangen. Im März haben sich insgesamt 37.438 Menschen auf der Webseite www.fan2003.de eingeklickt und damit ein Zeichen gesetzt für ein Internet frei von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Internet-Kampagne, die das Münchner Frauenaktionsnetz (fan) zum internationalen Frauentag 2003 entwickelt hat, wurde initiiert von der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München und dem Verein Kompetenz für Frauen e.V.. "Die Aktion ist ein Riesenerfolg", sagt die Schirmherrin von lets netz, Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert. "Ich kann nur hoffen, dass die hier gegebenen Denkanstöße weiter getragen werden und sich noch viele Menschen auf der neuen Internet-Seite über das Thema informieren werden."

Interaktiv: www.fan2003.de

Viele Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Firmen, Schulklassen und VIPs haben sich nicht nur mit Clicks, sondern auch mit persönlichem Engagement dazu verpflichtet, auf das Problem Kinderpornografie, Frauenhass und sexualisierte Gewalt im WWW aufmerksam zu machen. Auf virtuellen "Notizzetteln" konnten sie niederschreiben, was sie konkret vorhaben: Viele wollten für die Kampagne mit Postkarten, Bannern, Links und Emails werben oder in Schulen und Restaurants Plakate aushängen. Die Mitgliederzeitung der IG Metall rief zum Mitmachen auf – ebenso wie die Intranets verschiedener Behörden.

In Stadtbüchereien und Jugendtreffs standen Computer zum Klicken bereit. LehrerInnen behandelten das Thema im Unterricht, und BetriebsrätInnen wollten es in ihrem Unternehmen zur Sprache bringen.

Stark genutzt wurde auch das Diskussionsforum: In über 150 Beiträgen diskutierten Interessierte über Zensur und Filtersoftware, über gesetzliche und polizeiliche Möglichkeiten, über Gewalt in der Familie und Schmuddelsex auf dem Handy. Die Website www.fan2003.de stellt aber auch nach Ende der Click-Aktion eine wichtige Plattform dar: Wer sich informieren will, findet hier Hintergrundmaterial und nützliche Tipps und Adressen zum Thema..

192 ErstunterstützerInnen hatten sich vor dem Aktions-Start zusammengefunden: Einzelne BürgerInnen sowie VertreterInnen aus Gewerkschaften, Fraueninstitutionen, Medien, Politik und Verwaltung. Aus der Münchener Kommunalpolitik signalisierten Oberbürgermeister Christian Ude, Sozialreferent Friedrich Graffe und mehrere StadträtInnen ihre Unterstützung, auf Landesebene Sozialministerin Christa Stewens, Kultusministerin Monika Hohlmeier und eine Viel-

zahl bayerischer Landtagsabgeordneter sowie Thomas Karmasin, Landrat des Landkreises Fürstentum, und Lissy Gröner, Mitglied des Europaparlaments. Im März schloss sich außerdem Bundesfamilienministerin Renate Schmidt an und ließ www.fan2003.de mit der Webseite ihres Ministeriums verlinken.

So zieht die Kampagne immer weitere Kreise: Interesse und Zustimmung kommt nicht nur aus dem Raum München und Bayern, sondern auch aus anderen Bundesländern sowie aus Österreich und der Schweiz.

Erfreulicherweise greifen inzwischen Menschen weltweit auf die Website zu, im März wurden Clicks aus über 50 Ländern registriert.

Doch nicht nur die Webseite erzeugte Aufmerksamkeit: Zur Click-Werbung wurden praktische Einkaufsnetze mit dem www.fan2003-slogan verkauft. An manchen Tagen verteilten Lets netz-Frauen auf dem Münchner Marienplatz bunte Frühlingsblumen, die städtische FloristInnen gestiftet hatten. Am Internationalen Frauentag, am 8. März, war der Münchner Marienplatz dann Bühne für eine ganz reale

Netzaktion, die gemeinsam mit dem DGB organisiert wurde: Über die etwa 1000 TeilnehmerInnen spann sich, getragen von StelzengängerInnen, ein riesiges Netz aus rund einem Kilometer rot-weiß-gestreifter Plastikbänderole. "Mit dieser neuen Aktionsform wollen wir neue Zielgruppen, vor allem jüngere Menschen, ansprechen und die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema Männergewalt im Internet lenken", sagte Christine Strobl, Stadträtin und Vorsitzende der Gleichstellungskommission in ihrem Grußwort.

Über die realen und virtuellen Aktionen berichteten die Medien in München und andernorts ausführlich. Die Initiatorinnen der Kampagne, die Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München und der Verein Kompetenz für Frauen e.V., freuen sich über die rege Beteiligung und das positive Echo. Neue Impulse für den Internationalen Frauentag "Wir sind zufrieden, dass wir mit dieser ersten virtuellen Demonstration zum 8. März dem traditionsreichen Internationalen Frauentag einen neuen Impuls geben konnten", sagt Inge Höhne, stellvertretende Leiterin der Münchner Gleichstellungsstelle, die gemeinsam mit Elisabeth Seidel vom Verein Kompetenz für Frauen e.V. die Kampagne initiiert und konzipiert hat. Auch im nächsten Jahr

soll wieder mit einem „virtuellen Rambazamba“ und realen Aktionen auf die Situation der Frauen aufmerksam gemacht werden. Die Internet-Domain www.fan2004.de ist bereits reserviert, am konkreten Thema und der Kampagne arbeitet das FrauenAktionsNetz schon jetzt. Doch auch zum Thema Inter-

netgewalt geht die Arbeit weiter. Die Netz-Aktion 2003 soll einerseits eine breite Öffentlichkeit für das Thema "Männergewalt im Internet" sensibilisieren. Außerdem soll eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit in Fachkreisen und politischen Gremien angestoßen werden. Eine Fachtagung mit dem Titel „Männergewalt im Internet – die Schattenseite des neuen Kommunikationsmediums“ im Münchner Rathaus stellte Ende Februar den Auftakt dazu dar. ExpertInnen unter anderem vom Landeskriminalamt und der Münchner Polizei diskutierten das Thema intensiv. Der in München bestehende Runde Tisch "Aktiv gegen Männergewalt" des gleichnamigen Münchner Bündnisses soll nun die Forderungen weiterentwickeln. Auch die Frauenkommission des Stadtrats hatte das Thema im Frühsommer 2003 erneut auf der Tagesordnung. *Susanne Barck, Petra Riedel*

Forderung an Microsoft nach Schutzsoftware gegen Internet-Gewalt für öffentliche Einrichtungen

Eine Weitere Aktion der Initiatorinnen von „let's netz“ war die Übergabe von Forderungen zur Eindämmung von sexualisierter Gewalt im Internet bei Microsoft anlässlich des Girls Day an die Familienministerin Renate Schmidt.

Tatort Arbeitsamt Nürnberg – Müssen sich Mitarbeiterinnen des Arbeitsamtes wie Ware taxieren lassen? Der Einsatz von Rechnern mit offenem Internet-Zugang führt zu offenem Missbrauch. Statt auf Stellen surfen Männer auf sog. „Sex-Seiten“- mit Billigung der Direktion? Tatort Büro – über 70% aller besuche auf sog. „Sex-Seiten“ passiert während der Arbeitszeit zwischen 9 und 17 Uhr. Das straft alle jene Lügen, die behaupten, Pornographie sei Privatsache. Arbeitgeber sollten auf die Barrikaden gehen – oder Schutzsoftware einsetzen. Tatort Schule – Stichwortsuche bei der Recherche: Mädchennamen oder andere harmlose Adressen oder Musikclips aktivieren pornographische Seiten bis zum Kindesmißbrauch auf dem Bildschirm. Diese Tatsachen sollten endlich von Politik und Ministerien zur Kenntnis genommen werden. Gegenmaßnahmen sind unerlässlich. Stattdessen werden Gewaltvideos weiterhin nicht geächtet?

www.frauenkompetenz.de, www.fan2003.de

Fachtagung zum 25.11. dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Unter dem Motto: „Lets netz. Vernetzung und Verantwortung gegen Männergewalt im Internet“ veranstalteten die Initiatorinnen von Lets netz gemeinsam mit dem Münchner Bündnis Aktiv gegen Männergewalt im Fortbildungszentrum der Stadt München im Kreisverwaltungsreferat eine Fachtagung. Ziel war es, allen pädagogischen Fachkräften, Männern und Frauen, die haupt- oder ehrenamtlich

mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die Gelegenheit zu geben, sich mit praktischen, rechtlichen und konzeptionellen Abwehrmöglichkeiten gegen Männergewalt im Internet, pädagogischen Fragen und mit der eigenen Verantwortung auseinanderzusetzen. Es ging hier z.B. um die Massen von ungebetenen mails, die täglich in die Büros, Unterrichtsräume und Kinderzimmer gelangen. Viele dieser mails enthalten Aufforderungen zum Konsum von Frauen, unzweideutige Hinweise, dass auf Wunsch auch Bilder oder Körper von Minderjährigen angeboten werden, Pädakriminelle suchen Kontakt zu Mädchen und Jungen in Kinder-Chatrooms.

Dr. Monika Gerstendörfer, Lobby für Menschenrechte, Metzingen, hielt einen Vortrag mit dem Titel: „Die virtuelle Unschuld täuscht. Ausbeutung von Frauen, Mädchen und Jungen in einer neuen Dimension“. Elke Stolzenburg und Andreas Kirchhoff, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, München, sprachen zum Thema: „Was Mädchen und Buben fragen und was nicht (was sie aber dennoch wissen wollen!)“ über die Erwartungen von Mädchen und Jungen an die „Medienpädagogik“, an die Verantwortlichen und an sich selbst zum Umgang mit Männergewalt im Internet. In workshops konnten sich die TeilnehmerInnen informieren über Wege, sich vor den ungebetenen Gästen im Internet zu schützen sowie über rechtliche Möglichkeiten und gesetzlichen Regelungsbedarf zum Schutz vor Männergewalt im Internet (Ricarda Lang, Rechtsanwältin in München). Beate Schöning, Journalistin und Initiatorin von „Netkids“, Projekt zum Schutz von Kindern vor Gewalt im Internet (Osterholz-Scharmneck), berichtete aus Erfahrungen, wie Pädokriminelle im Internet nach kindlichen Opfern suchen und wie Mädchen und Jungen gegen Übergriffe in Chatrooms geschützt werden können.



Beate Schöning

Im Anschluß an die Fachtagung standen Beate Schöning und Elly Seidel von Kompetenz für Frauen e.V.

bis abends im Chat zur Verfügung, um Fragen zum Thema zu beantworten.

Entwicklungen in der BRD

Neue Regelungen im Jugendmedienschutz

Bundesweit gelten seit 1. April neue rechtliche Regelungen im Jugendmedienschutz, die auch auf das Internet zielen. Gewalt verherrlichende sowie Frauen verachtende Darstellungen können damit leichter als früher eingeschränkt oder verboten werden. "Einschlägige Websites und Emails sind keine Bagatelldelikte", meint Elisabeth Seidel vom Verein Kompetenz für Frauen e.V. „Die Politik muss dafür sorgen, dass Internet-Fahnder so gut ausgestattet sind, dass die Täter auch erwischt werden.“ Sie empfiehlt, Computer generell mit geeigneter Filtersoftware auszustatten, auf jeden Fall aber diejenigen Rechner, zu denen Kinder Zugang haben.

Beratung für Opfer sexueller Gewalt im Netz

Beratungszentren für Opfer sexueller Gewalt stellen ihre Angebote zunehmend ins Netz. Die Portale können erste Kontakte vermitteln oder Informationen liefern. Das Wichtigste bleibt jedoch immer das persönliche Gespräch.

Rund 90 Fälle sexueller Gewalt an Frauen, Mädchen und Jungen betreut die Beratungsstelle zartbitter Coesfeld e.V. Seit zwölf Jahren helfen zwei hauptamtliche und eine Reihe von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen den Betroffenen. Seit circa drei Jahren sind sie auch im Netz vertreten. Das Portal bietet erste Informationen zum Thema und beantwortet Fragen zur therapeutischen Hilfe für Betroffene und deren Angehörige. Was ist wichtig bei der Aufdeckungsarbeit, welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, all dies erfahren Interessierte auf den Webseiten. Ebenfalls im Netz stehen die Gruppenangebote für Betroffene und Angebote für Kindergärten, Schulen und MultiplikatorInnen zur Prävention sexueller Gewalt. Wer anonym bleiben will, kann Informationsmaterial oder Adresse von Therapeuten aus ganz Deutschland per E-Mail bekommen. Die neue E-Mail-Adresse steht noch nicht auf der Webseite: zartbitter.coesfeld@web.de

Der Verein wird finanziell vom Kreis Coesfeld und den Städten Coesfeld und Dülmen getragen, allerdings nur noch bis Ende des Jahres. Ob die Beratungsstelle bestehen kann, ist noch ungewiss.

zwd Berlin (aj)

Wegweisungsgesetz

4.900 gewalttätige Männer erhielten im Jahr 2002 allein in Nordrhein-Westfalen Hausverbot. Die Poli-

zei holte sie aus der Wohnung und nahm ihnen den Wohnungsschlüssel ab.

Jeder zehnte versuchte trotzdem zurückzukommen und kriegte prompt noch längeres Hausverbot aufgebremmt. Und acht von zehn geschlagenen Frauen nahmen das Angebot einer Beratung für ein anderes oder sogar neues Leben danach in Anspruch.

Emma 2/2002

Opfer von Frauenhandel sollen besser geschützt werden.

zwd Berlin(aj)- Der Frauenhandel soll in Berlin effizienter bekämpft werden. Dazu haben die Berliner Beratungsstellen für Opfer von Frauenhandel und die Berliner Polizei eine Kooperationsvereinbarung getroffen, die am 4. April im Berliner Rathaus vorgestellt worden ist. Danach verpflichtet sich die Polizei, Opfer von Frauenhandel sofort an die Beratungsstellen weiter zu vermitteln, wo sie psychologisch betreut und über ihre Rechte informiert werden. Die Senatsverwaltung für Frauen hat die Vereinbarung mit auf den Weg gebracht. Frauensenator Harald Wolf (PDS) will „damit auch ein politisches Signal setzen, dass der Senat die besonders menschenverachtende Form der organisierten Kriminalität mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen will.“ Die Kooperationsvereinbarung institutionalisiert, was schon seit rund fünf Jahren in vielen Fällen praktiziert wurde. Nun ist die Zusammenarbeit verbindlich, zumindest für ein Jahr, so Neveda Prasad von der Beratungsstelle Ban Ying. Dann wird die Kooperation ausgewertet und überprüft.

www.ban-ying.de

LARA: Beratung mit Website und per e-mail

LARA ist das Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen in Berlin. Auf seinem Portal informiert das Zentrum unter dem Punkt: Was tun die Betroffenen, welche Schritte sie unmittelbar nach der Tat unternehmen sollten. Unter Adressen stehen die Anlaufstellen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, Krankenhäuser und die Telefonnummer des Mädchenkrisentelefon sowie anderer Beratungsstellen, übrigens auch für Männer. Eine Besonderheit ist, dass betroffene Frauen sich per E-Mail helfen lassen können. Eine Antwort wird innerhalb von drei Tagen versprochen. In klarer und unaufdringlicher Weise informieren die Webseiten über die verschiedenen Angebote des Zentrums.

www.lara-berlin.de

Demonstration der autonomen Frauenhäuser am 24.11.03 in Berlin gegen drastische Kürzungen

- Presseerklärung -

Seit über 25 Jahren existieren Frauenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland. Sie gelten als unver-

zichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur zum Schutz von Frauen und deren Kindern vor Männergewalt. Für viele Frauen ist die Flucht ins Frauenhaus die einzige Möglichkeit einer Beziehung zu entkommen, die für sie und ihre Kinder zu gefährlich ist. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, eine flächendeckende, angemessene, sichere Finanzierung durchzusetzen, die den von Gewalt betroffenen Frauen nicht auch noch die Kosten bzw. die Verantwortung für die Finanzierung des Frauenhausaufenthaltes aufbürdet.

Die Finanzierung in den Bundesländern ist unterschiedlich, gemeinsam haben alle Frauenhäuser, dass sie im Rahmen des allgemeinen Sozialabbaus bundesweit um ihre Existenz fürchten müssen. In allen Ländern und Kommunen werden die Zuschüsse eingefroren, erheblich gekürzt, total gestrichen oder im Einzelfall zu Lasten der Frauenhausbewohnerinnen umgelegt.

Dies bedeutet, dass in vielen Bundesländern Frauenhäuser schließen müssen, z.B. 8 Frauenhäuser in Hessen, 1 Million Euro Kürzungen an Frauenprojekten in Berlin, 30 % Kürzungen in NRW, etc. . . .

Aber nicht nur den Frauenhäusern drohen Kürzungen. Gleichzeitig wird die Unterstützung für vergewaltigte Frauen gestrichen. Opfer von Frauenhandel erhalten keine sichere Unterkunft mehr, die Beratung für ausstiegswillige Prostituierte wird gestrichen und die Zuflucht für Mädchen ebenso. Der behauptete Einspareffekt ist Augenwischerei. Die Kosten aufgrund der fehlenden Unterstützung und Begleitung von Gewaltopfern durch die Frauenprojekte werden enorm ansteigen.

Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser haben den Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen sowie die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes und in den verschiedenen Bundesländern die Änderung des Polizeirechts seit Anfang 2000 begleitet und aktiv unterstützt. Dies haben sie mit der Hoffnung verbunden, konkrete Verbesserungen für misshandelte Frauen zu erreichen. Das Gewaltschutzgesetz ist eine zusätzliche Säule im Kampf gegen Gewalt im häuslichen Bereich, es kann aber das Angebot der Frauenhäuser nicht ersetzen. Die unterschiedliche Lebens- und Gefährdungssituation der von Gewalt betroffenen Frauen macht verschiedene Angebote notwendig.

Statt einer Verbesserung des Hilfesystems werden die Mittel für bestehende Hilfsangebote für Frauen bis zur Existenzgefährdung gekürzt.

Wir fordern die Landesregierungen und Kommunen deshalb dringend auf, die beschlossenen Kürzungen zurückzunehmen und statt dessen die Frauenhäuser angemessen zu finanzieren.

Die Bundesregierung fordern wir auf, dieses Ansinnen zu unterstützen, damit die neue Gesetzgebung

und der Aktionsplan tatsächlich umgesetzt werden können.

Zentrale Informationsstelle für Autonome Frauenhäuser, Brinzingerweg 34 / 1, 73732 Esslingen, Tel. + Fax 0711 / 370 02 60, E-mail info@zif-frauen.de

Opferschutz im Strafverfahren verbessert

Opfer von Straftaten werden in Zukunft rechtlich besser geschützt. Die Möglichkeit der Aufzeichnung von Zeugenvernehmungen auf Video wird verbessert, Opfer können ihre Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüche bereits im Strafverfahren geltend machen. Durch diese und weitere von der Bundesregierung geplante Maßnahmen sollen die Belastungen der Opfer im Strafverfahren verringert werden.

Das Bundeskabinett hat am 5. November 2003 den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren (Opferrechtsreformgesetz) beschlossen. Die Bundesregierung setzt damit eine wichtige Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um.

Schutz vor Mehrfachaussagen

Für die Opfer von Straftaten kann die Durchführung eines Strafverfahrens eine große Belastung sein. Insbesondere Opfer von schweren Gewalt- oder Sexualdelikten können durch wiederholte Vernehmungen erheblich belastet werden. Um diese Belastungen zu reduzieren und dem Opfer quälende Mehrfachvernehmungen zu ersparen, sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, eine Anklage künftig auch bei besonderer Schutzbedürftigkeit des Opfers beim Landgericht erheben zu können. Auf diese Weise kann z. B. vermieden werden, dass insbesondere kindliche Opfer von Sexualstraftaten als Zeugen in einem Verfahren mehrfach aussagen müssen.

Darüber hinaus werden im Verfahren vor den Amtsgerichten die Möglichkeiten der Dokumentation und Aufzeichnung von Aussagen zum Beispiel auf Video erweitert. Zusammen mit der erweiterten

Verwertbarkeit dieser Aussagen können so die Zeugenvernehmungen im Berufungsverfahren verringert werden und damit zu einer Entlastung des Zeugen beitragen.

Entlastung der Justiz

Durch die Straftaten entstehen den Verletzten in der Regel Schäden, die schon nach dem geltenden Recht im Strafverfahren ausgeglichen werden können. Dadurch bleibt dem Opfer ein zusätzliches Verfahren vor den Zivilgerichten erspart. Diese Möglichkeit fristet in der Praxis jedoch nur ein Schattendasein. Eine Belebung dieses Verfahrens bietet indes nicht nur dem Verletzten die Chance auf zeitnahe Feststellung seiner Ansprüche, sondern trägt durch die unmittelbare Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse

bereits im Strafverfahren in einen zivilrechtlichen, vollstreckbaren Anspruch insgesamt gesehen zu einer Entlastung der Justiz bei.

Mehr Rechte für Angehörige von Opfern

Künftig sollen auch die Angehörigen eines Getöteten den Anspruch auf kostenlose Beiordnung eines Rechtsanwaltes, den sogenannten Opferanwalt, zur Wahrung ihrer Rechte im Strafprozess erhalten. Den Menschen, die Opfer einer Ausbeutung von Prostituierten und Zuhälterei geworden sind, wird die Berechtigung eingeräumt, sich dem Verfahren mit der Nebenklage anzuschließen. Der Verletzte erhält das grundsätzliche Recht auf Anwesenheit einer Person seines Vertrauens bei Vernehmungen.

Wichtig ist es auch, dass Verletzte besser über ihre Rechte und den Ablauf des Strafverfahrens informiert werden. Hierzu sollen sie über die bislang vorgesehene Unterrichtung über den Ausgang des gerichtlichen Verfahrens hinaus Mitteilungen über eine Einstellung des Verfahrens, die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens, den Sachstand des Verfahrens und über Haft, Unterbringung, Entlassung oder Vollzugslockerungen erhalten können. Besonders für die Opfer von Gewalt- und Sexualverbrechen ist es wichtig, zu wissen, ob sich ihr Peiniger auf freiem Fuß befindet oder nicht.

Über die dargestellten Regelungen hinaus enthält der Gesetzentwurf weitere Verbesserungen zugunsten der Opfer von Straftaten, so dass mit allem Recht von einer Reform der Opferrechte gesprochen werden kann.

Reformen des Opferschutzes im Strafverfahren

Vor rund 20 Jahren haben Rechtswissenschaft und Rechtspolitik damit begonnen, dem Opfer im Rahmen des Strafverfahrens verstärkt Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wesentliche Ergebnisse dieser Entwicklung waren das Erste Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz) vom 18. Dezember 1986, das Gesetz zum Schutz von Zeugen bei Vernehmungen im Strafverfahren und zur Verbesserung des Opferschutzes (Zeugenschutzgesetz) vom 30. April 1998 sowie das Gesetz zur strafrechtlichen Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs vom 20. Dezember 1999.

Mit dieser Gesetzgebung erfolgte die Abkehr von einer Betrachtungsweise, die im Opfer vornehmlich seine Stellung als Zeuge und damit letztlich als Beweismittel sah. Mit den Reformen wurde die Stellung des Verletzten im Strafverfahren aufgewertet und mit eigenständigen Rechten versehen. Mit dem Rahmenbeschluss der EU vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren wurden für die Mitgliedstaaten einheitliche Mindeststandards erzielt. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Veröffentlicht am: 05.11.2003

Entwicklungen in Europa

Daphne-Programm 2004-2008

Das EU-Programm DAPHNE gegen Gewalt an Frauen und Kindern soll bis 2008 verlängert werden. Daphne richtet sich an Nichtregierungsorganisationen, die aktiv sind in der Prävention von Gewalt und sich für die Opfer einsetzen.

„Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhüten und zu reduzieren, muß ein prioritäres Anliegen unserer Gesellschaft bleiben“, so António Vitorino, EU-Kommissar für Justiz und Inneres. Seit Beginn der DAPHNE-Initiative im Jahr 1997 gingen bei der EU-Kommission rund 1800 Projektvorschläge ein, sie wählte 270 für eine Finanzierung aus.

Um künftig mehr Projekte besonders auch im Hinblick auf die erweiterte EU fördern zu können, schlägt die EU-Kommission vor, die Mittel für „Daphne II“ auf 41 Mio. € aufzustocken und damit zu verdoppeln.

Der Löwenanteil der bisherigen DAPHNE-Projekte richtet sich gegen sexuelle und häusliche Gewalt, gefolgt von kommerzieller sexueller Ausbeutung, Menschenhandel und Kinderpornographie im Internet. Die Nichtregierungsorganisationen setzen die Mittel überwiegend für ihre Netzwerkarbeit und den Austausch über bewährte Projekte ein.

http://europa.eu.int/comm/justice_home/project/daphne/de/index.htm

Kampagne weiße Schleife in Österreich: 3 Jahre Männer gegen Männergewalt mit prominenten Männern

Die Gruppe White-Ribbon (WRC) Österreich kann nun schon auf drei Jahre ihres Engagements gegen Männergewalt zurückblicken. Gerade hat sie erneut Männer dafür gewonnen, öffentlich gegen Männer



gewalt an Frauen aufzutreten. Mit zwei Plakaten mit Prominenten wendet sich White Ribbon Österreich an die Männer in der Öffentlichkeit: „Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt an Frauen. Zeigen Sie als Mann Verantwortungsgefühl und Haltung. Tragen Sie den White Ribbon!“. Ein Plakat zeigt einen in Österreich bekannten Moderator, Wolfram Pirchner mit der Aufschrift: „Wer seine Frau schlägt, hat bei mir Sendepause!“. Das zweite zeigt den Team-Chef Hans Krankl mit der Aufschrift: „Wer seine Frau schlägt, hat bei mir kein Leiber!“.

Die Plakate können heruntergeladen werden von der Website der Gruppe: www.whiteribbon.at

Englische Postkartenkampagne gegen Vergewaltigung

Unter Truthaboutrape@yahoo.co.uk veröffentlichten Frauen eine Serie von 6 Postkarten gegen Vorurteile und falsche Vorstellungen über Vergewaltigung. Auf allen Karten steht auf der Rückseite:

Only 6% of rapes reported to the police result in a conviction.

It's surprising what men still get away with.

Die Botschaften der einzelnen Karten:

- Eating Crusts makes your Hair curl. Women who get raped were asking for it.

Truth: Men are responsible for whether they rape or not.

- The Earth is flat. Rape is a misunderstanding.

Truth: Rape is always a crime – whether he is a relative, friend, acquaintance or stranger

- The moon is made of cheese. Men rape because they lose control.

Truth: Rape is a form of control not a loss of control.

- Fairies live at the bottom of the garden. Rape isn't an everyday occurrence.

Truth: Women are raped every day in this country

- There's a pot of gold at the end of the rainbow. Most women who report rape are lying.

Truth: Men who rape lie about it.

- A watched pot never boils. Only young attractive women get raped.

Truth: Women of all ages, backgrounds and races get raped.

Adresse: The Pankhurst Centre, 60-62 Nelson Street, Manchester M139WP

Wüstenvolk schafft Genitalverstümmelung ab

Das Wüstenvolk der Afar in Äthiopien hat die weibliche Genitalverstümmelung abgeschafft. Seit einem Jahr seien dort keine Mädchen mehr beschnitten worden, erklärte die Menschenrechtsorganisation „Taget“. Vor einem Jahr hätten Clanführer der Afar die weibliche Genitalverstümmelung als unvereinbar mit dem islamischen Recht und der menschlichen Natur bezeichnet.

Der Beschluss sei in das Stammgesetz geschrieben worden und damit für das 3,5 Millionen Volk in Ost-Äthiopien verbindlich. „Target“ will eine fahrende Krankenstation in das Gebiet der Afar schicken. Ärztinnen sollen bereits beschnittene Frauen behandeln. Weltweit sind bereits 130 Millionen Mädchen und Frauen beschnitten. Viele haben ihr Leben lang Schmerzen. Zu den Folgen zählen Infektionen und Komplikationen bei Geburten. Der Beschluss der Afar ist ein Beispiel für andere Länder, in denen die Genitalverstümmelung bei Frauen noch immer praktiziert wird.

Literaturempfehlungen

Sex Sells? - Mit mir nicht!

Eine Informationsbroschüre herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsstellen für Frauen in Bayern und TERRE DES FEMMES e. V. Aus dem Inhalt: Frauenfeindliche Werbung - und was Sie dagegen tun können. Woran Sie frauenfeindliche Werbung erkennen können. Wie Sie sich gegen frauenfeindliche Werbung wehren können. Wohin Sie sich wenden können. Die Broschüre ist zu finden im Internet unter der Adresse: www.gleich-im-netz.de und www.fan2003.de

Sexuelle Übergriffe unter Kindern

«Ist das eigentlich normal?». Mit diesem Titel veröffentlichte das Projekt Strohalm e.V., Projekt zur Prävention von sexuellem Mißbrauch an Mädchen und Jungen einen „Leitfaden zur Verhinderung und zum pädagogisch-fachlichen Umgang“ mit sexuellen Übergriffen unter Kindern.

Bezugsadresse: Strohalm e.V., Luckauerstr. 2, 10969 Berlin, Mail: strohalm@snafu.de

„Neue Männer“ und Gewalt

Gewaltfacetten in reflexiven männlichen Selbstbeschreibungen, von Detlef Pech, Opladen 2002.

Anhand von Interviews mit Männern, die sich selbst als „neue Männer“ sehen, arbeitet Pech – Mitherausgeber des Readers: „Gewohnheitstäter“, 1994 – heraus, „dass 'neue Männlichkeit' offensichtlich ein individueller Lebensentwurf ist und dass Gewaltfacetten sich auch in den Lebensentwürfen jener Männer finden lassen, die sich vom hegemonialen Modell abgrenzen“ (ebd. S. 18).

Verrat am Kindeswohl

Erfahrungen von Müttern mit dem Sorge- und Umgangsrecht in hochstreitigen Fällen.

Hrg. von Anita Heiliger/Traudl Wischniewski. 40 Berichte von betroffenen Müttern, Auswertung einer Fragebogenaktion, Beiträge von Elke Ostbomk-

Fischer, Conny Strasser, Sibylla Flügge, Anita Heiliger, München 2003

„Frauenrechte und kulturelle Differenz“

Das Geschlechterverhältnis in Theorie und Praxis der sozialen Arbeit. Mit diesem Titel veröffentlichte Ute Schad die Ergebnisse eines Praxis-Projektes, das sie 1997-1999 mit dem Kreisjugendring München-Stadt in Jugendtreffs in der Form von Workshops mit den Jugendlichen durchgeführt hat. Neuwied 2000

Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule

Kofra-Zeitung Nr. 105 mit einem Leitartikel von Edith Wöfl, Wichern-Schule München

Handeln gegen alltägliche Gewalt an Frauen in der Schule

Kofra-Zeitung Nr. 101 mit einem Leitartikel von Judith Barnickel, Nürnberg

Termine 2004

"Was sehen Sie, Frau Lot?? eine künstlerische Auseinandersetzung zu sexueller Gewalt an Mädchen und Frauen - gegen Täterschutz" kommt nach München!

vom 18.3. – 18.4.04 in der Pasinger Fabrik

Eine Ausstellung der drei Bremer Künstlerinnen Maria Mathieu, Renate Bühn und Heike Pich, die sich als freischaffende Künstlerinnen unabhängig voneinander mit sexueller Gewalt an Mädchen und Frauen auseinandergesetzt haben. In „Was sehen Sie, Frau Lot??“ werden ihre Arbeiten in einer Gesamtausstellung zusammengeführt. Dabei spiegeln sich ihre unterschiedlichen Sichtweisen, Erlebniswelten und Ausdrucksmöglichkeiten wider, die nach eigenen Aussagen in der Tradition der Künstlerin Niki de Saint Phalle stehen. Neben bildhauerischen Arbeiten werden auch Zeichnungen, Gemälde, digitale Kunstwerke und Installationen gezeigt.

VeranstalterInnen sind das Kulturreferat, die Pasinger Fabrik, das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU), die Frauengleichstellungsstelle, das Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation (Kofra) und das Münchner Bündnis Aktiv gegen Männergewalt.

Finanziell getragen wird die Ausstellung durch das Kulturreferat, die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit des RGU, die Fachstelle Frauen des RGU und die Pasinger Fabrik.

Ein umfangreiches Begleitprogramm wird vom Kofra organisiert und koordiniert und von Frauenprojekten, Beratungsstellen, Institutionen und Gruppen getragen

und z.T. selbst, z.T. ebenfalls vom Kulturreferat finanziert.

Vorschläge zur Zeit:

- Führungen für Schulklassen, sowie Vor- und Nachbereitungen für Lehrkräfte
- eine für die gesamte Ausstellungszeit organisierte Ansprechstation
- WenDo-Selbstverteidigung für Mädchen und Frauen
- Angebote im Bereich positiver Körpererfahrung
- Podiumsveranstaltung zum Umgang mit dem Verdacht auf sexuellen Missbrauch
- Veranstaltungen zu Folgen von sexueller Gewalt und Traumatisierung
- Lesung mit Heidi Hassenmüller aus "Gute Nacht Zuckerpüppchen", auch für Schulklassen
- Theater "Wilde Mischung"
- Chatroom
- Vortrag und Diskussion zu „Täterschutz vor Opferschutz. Bewußte und unbewußte Parteilichkeit für Täter sexueller Gewalt“
- Und vieles mehr.

Information über das aktuelle Programm bei kofra: 089-2010450, fax: 089-2022747, e-mail: kofra-muenchen@t-online.de. Aktuelle Informationen stehen auch auf der Website des Kofra: www.kofra.de Bei Interesse von Schulen an Führungen bitte ebenfalls Kofra kontaktieren.

Prostitutionstouristen als Nutznießer der Globalisierung und des europäischen Einigungsprozesses?

21. Januar 2004, 18:00 Uhr bis 21:30 Uhr

Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Prielmayrerstr. 3 – Elisenhof – 4. OG

Referate:

Dr. Andrea Rothe

Globalisierung und Armut: Prostitutionstourismus – eine moderne rassistische und sexuelle Ausbeutung von Frauen in Armut

Christa Stewens, bayer. Staatsministerium

Bayerische Maßnahmen und Initiativen gegen prostitutionstouristisches Verhalten deutscher und bayerischer Männer

Lissy Gröner, MdEP

Europäische Initiativen gegen prostitutionstouristisches Verhalten europäischer Männer

Tel.: 089 515552-40; Fax: 089 515552-44

email: bayernforum@fes.de www.bayernforum.de